

Kämpfe, Martina

Article

Höhere außenwirtschaftliche Risiken für Wachstum und Preisstabilisierung in Polen

Wirtschaft im Wandel

Provided in Cooperation with:

Halle Institute for Economic Research (IWH) – Member of the Leibniz Association

Suggested Citation: Kämpfe, Martina (1998) : Höhere außenwirtschaftliche Risiken für Wachstum und Preisstabilisierung in Polen, Wirtschaft im Wandel, ISSN 2194-2129, Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH), Halle (Saale), Vol. 4, Iss. 6, pp. 11-16

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/142899>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Laut IWH-Umfrage richteten sich im vergangenen Jahr 45 vH der Bauunternehmen am gültigen Branchentarifvertrag aus. Ein Viertel hatte eigene Haus- oder Firmentarifverträge ausgehandelt. Etwa 30 vH orientierten sich an keinerlei Tarifabschlüssen für Löhne und Gehälter. Für die Zukunft sehen insgesamt sieben Zehntel aller Unternehmen wegen der angespannten Ertragsverhältnisse Probleme hinsichtlich der Orientierung am Tarifvertrag.

4. Handlungsbedarf?

Die Bauunternehmen haben keine abwartende Haltung bezogen, sondern – wie gezeigt – ihre Kapazitäten auf vielfältige Weise an die neue Marktlage angepaßt.

Handlungsbedarf entsteht jedoch, wenn noch bestehende Kostenvorteile, zum Beispiel bei den Löhnen, in Gefahr geraten. Sie würden im Falle übermäßiger Lohnsteigerungen vergeben werden und die Schrumpfung des Bausektors verstärken. Die größeren Spielräume für einzelne Unternehmen im Bereich der Tariflohnentwicklung und -anpassung

sollten deshalb durch die Tarifparteien als Chance im Wettbewerb erkannt und nicht aufgegeben werden.

Schließlich wäre es wider aller wirtschaftlichen Vernunft, die Nachfrage durch neue staatliche Förderprogramme dort zu stabilisieren, wo bereits am Markt vorbei produziert worden ist und deutliche Angebotsüberhänge existieren. Hier kann es höchstens darum gehen, Baukapazitäten stärker in noch bestehende Engpaßbereiche umzulenken, zum Beispiel in die Sanierung und Modernisierung des Altbestandes an Wohngebäuden, die Schließung von Baulücken in den Innenstädten. Vor allem aber darf nicht nachgelassen werden bei der Modernisierung und dem Ausbau der Infrastruktur, für die bisher vor allem der Staat die Nachfrage finanziert. Auch private Finanzierungsmodelle sind hier denkbar und verdienen es, intensiver erprobt zu werden.

Brigitte Loose (blo@iwh.uni-halle.de)

Udo Ludwig (ldw@iwh.uni-halle.de)

Höhere außenwirtschaftliche Risiken für Wachstum und Preisstabilisierung in Polen

Im vergangenen Jahr setzte sich das hohe Wirtschaftswachstum in Polen fort: Das reale Bruttoinlandsprodukt stieg um 7 vH. Gleichzeitig konnte die Inflationsrate auf das anvisierte Niveau von etwa 15 vH reduziert werden. Dem hohen Wachstum und den Fortschritten bei der Preisstabilisierung stand allerdings eine erhebliche Verschlechterung in der Zahlungsbilanz gegenüber: Das Leistungsbilanzdefizit verdreifachte sich im Vergleich zum Vorjahr, vor allem durch den weiteren Anstieg der Investitions- und Konsumgüterimporte, zugleich nahmen die spekulativen Kapitalzuflüsse zu. Die Geld- und Wechselkurspolitik konnte sowohl die starke Expansion der Importnachfrage als auch die gestiegenen Devisenzuflüsse nicht wirksam eindämmen. Im Ergebnis setzte sich die reale Aufwertung des Zloty gegenüber den Währungen der Haupthandelspartner fort. 1998 werden die notwendig gewordenen Stabilisierungsbemühungen der Fiskal- und der Wechselkurspolitik das

Wirtschaftswachstum etwas abschwächen. Die außenwirtschaftlichen Risiken bleiben bestehen, sofern die Wirksamkeit der Geld- und Wechselkurspolitik auch 1998 beschränkt bleibt.

Wie in vielen anderen Transformationsländern zeichnet sich auch in Polen seit einigen Jahren eine erhebliche Passivierung von Leistungs- und Handelsbilanz ab. Eine ähnliche Entwicklung bewog die ungarische Regierung 1995 zu einem Stabilisierungsprogramm, mit dem eine Zahlungsbilanzkrise vermieden wurde. In Tschechien brach im Mai 1997 eine Zahlungsbilanzkrise aus, weil die Wirtschaftspolitik auf die sprunghafte Verschlechterung der Leistungsbilanz nicht adäquat reagiert hatte.¹⁰ Im Unterschied zu diesen beiden Ländern sieht die Entwicklung in Polen etwas anders aus: Das Wirt-

¹⁰ Vgl. LINNE, T.; LÖHNIG, C.: Zahlungsbilanzkrisen in Transformationsökonomien: Das Beispiel Tschechien, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 9/1997, S. 15-23.

schaftswachstum ist hier seit Jahren viel höher als in den anderen Ländern. Im vergangenen Jahr stieg das reale Bruttoinlandsprodukt mit einer Rate von 7 vH¹¹ sogar erneut schneller als 1996. Damit gehört Polen seit drei Jahren zu den am schnellsten wachsenden Volkswirtschaften in Gesamteuropa. Dieses hohe Wachstum war im vergangenen Jahr mit einem weiteren Rückgang der jahresdurchschnittlichen Inflationsrate von 20 vH auf fast 15 vH verbunden. Hinzu kam, daß der Zufluß an langfristigem Kapital aus dem Ausland anhielt.

Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, ob die zunehmenden Leistungsbilanzdefizite ein Problem für die weitere wirtschaftliche Entwicklung darstellen und ob wirtschaftspolitischer Handlungsbedarf besteht. Ein Leistungsbilanzdefizit ist dann in Kauf zu nehmen, wenn es durch langfristige Kapitalzuflüsse (ausländische Direktinvestitionen) finanziert wird. Es ist auch dann kein Problem, wenn es durch eine hohe Nachfrage nach Investitionsgütern zur Modernisierung und Umstrukturierung der Wirtschaft begleitet wird. Problematisch ist dagegen ein Defizit, das auf eine zunehmend konsumtive Verwendung der Importe in Verbindung mit einer realen Aufwertung der Währung und kurzfristigen Kapitalzuflüssen zurückgeht.

Hohe Importdynamik kennzeichnet Leistungsbilanzentwicklung

Um festzustellen, ob die Entwicklung der Leistungsbilanz im vergangenen Jahr tatsächlich Gefahren für die weitere wirtschaftliche Entwicklung in sich birgt, muß die Entstehung des Defizits näher untersucht werden. Das Leistungsbilanzdefizit vergrößerte sich binnen eines Jahres von 1,4 Mrd. US-Dollar auf 4,3 Mrd. US-Dollar, bis 1995 wurden unter Einbeziehung des Grenzhandels noch Überschüsse erzielt (vgl. Tabelle 1). Das Defizit entsprach im vergangenen Jahr ca. 3,3 vH des BIP. Diese Verschlechterung ging auf einen starken Anstieg der Importe (+13 vH) zurück, dem nur ein relativ schwacher Zuwachs der Exporte (+6 vH) gegenüberstand. Das Handelsbilanzdefizit wuchs auf 11,3 Mrd. US-Dollar.

Tabelle 1:
Leistungsbilanz Polens 1995 - 1997
- in Mio. US-Dollar -

	1995 ^a	1996	1997
Leistungsbilanz	5.455	-1.352	-4.268
Handelsbilanz	-1.827	-8.154	-11.269
nicht-klassifizierte Transaktionen (Grenzhandel)	7.754	7.153	6.061
Dienstleistungen	150	-209	305
Transfers	6	224	1.100
übrige Positionen	-628	-366	-465
Leistungsbilanzsaldo in vH des BIP	+4,6	-1,0	-3,2

^a Angepaßt an Erfassungsmethode von 1996.

Quelle: Polnische Nationalbank.

Die hohe Importdynamik des vergangenen Jahres ist vor allem auf den Anstieg der Investitionsgüterimporte (ca. 22 vH) und der Konsumgüterimporte (ca. 17 vH) zurückzuführen. Demgegenüber wuchsen die Importe an Versorgungsgütern (Brennstoffe, Energie, industrielle Vorleistungen) nur unterdurchschnittlich. Eine wichtige Ursache für den Anstieg der Investitions- wie auch der Konsumgüterimporte war 1997 wie in den Vorjahren die starke Expansion der Binnennachfrage. Hinzu kam aber auch eine relative Verbilligung ausländischer Produkte gegenüber inländischen Gütern: Die Zölle auf Importe, insbesondere aus der Europäischen Union, mußten vertragsmäßig weiter reduziert werden. Der effektive durchschnittliche Zollsatz im Gesamthandel sank 1997 gegenüber 1996 von 7,5 vH auf 5,8 vH.¹² Die 1993 eingeführte Importsondersteuer fiel ab 1997 endgültig weg. Schließlich dürfte die – wenn auch gegenüber den Vorjahren nur noch schwache – reale Aufwertung des Zloty gegenüber den Währungen der wichtigsten westlichen Handelspartner zu einem Anstieg der Importneigung beigetragen haben. Lediglich gegenüber dem US-Dollar wertete der Zloty 1997 erstmals real ab (vgl. Abbildung). Alle diese drei Faktoren werden noch durch den Umstand verstärkt, daß das inländische Angebot in Qualität und

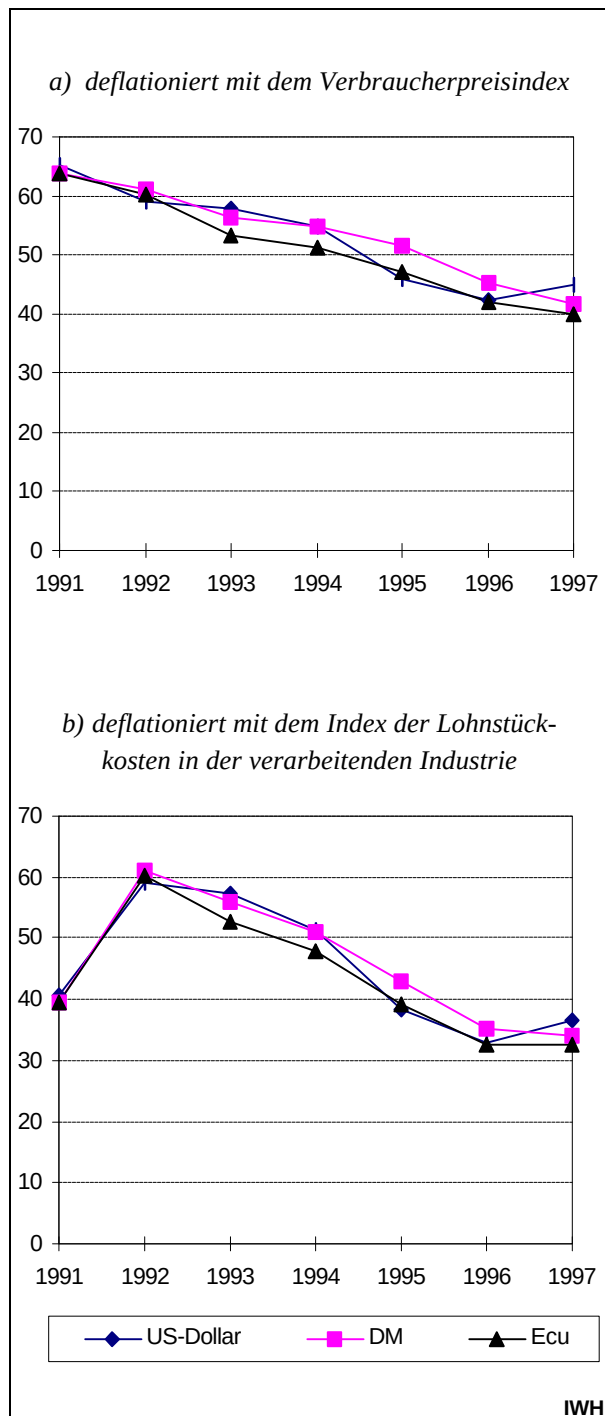
¹¹ Sofern nicht anders angegeben, stammen sämtliche Angaben aus: RZECZPOSPOLITA vom 18. Februar 1998, Beilage des Statistischen Hauptamtes Warschau. – BIULETYN STATYSTYCZNY 1/1998, Statistisches Hauptamt Warschau, 1998.

¹² Im Jahre 2000 wird er 2,2 vH betragen, gegenüber EU-Staaten ist er mit Ausnahme von Automobilimporten noch geringer. RZECZPOSPOLITA vom 29. September 1997, S. 12 und vom 5. Februar 1998, S. 9.

Vielfalt häufig noch nicht mit ausländischen Produkten konkurrieren kann.

Hinter der fortgesetzten realen Aufwertung steht eine noch immer ungünstige Lohnkostenentwicklung. In der Verarbeitenden Industrie stieg 1997 die Arbeitsproduktivität zwar um knapp 12 vH, die

Abbildung:
Wechselkurs des Zloty, 1991-1997
- 1990=100 -



Quellen: Deutsche Bundesbank, Devisenmarktstatistik; Polnische Nationalbank; Berechnungen des IWH.

Nominallöhne wuchsen aber um 22 vH. Die nominale Abwertung gegenüber dem Ecu (im Vergleich zum Vorjahr 9 vH) entsprach etwa der Lücke zwischen Nominallohn- und Arbeitsproduktivitätsentwicklung, sie fiel allerdings gegenüber der DM mit 6 vH zu schwach aus. Der Druck auf die Ertragslage der Unternehmen hat sich also 1997 kaum verringert. Die in Polen seit 1995 übliche Aushandlung der maximalen Lohnsteigerung zwischen Regierung, Arbeitgebern und Gewerkschaften, die den größten Teil der Wirtschaft umfaßt, blieb durch die wiederholte Überschreitung der Obergrenze quasi unwirksam.

Das Exportwachstum schwächte sich seit 1995 ab, obwohl sich die Nachfrage in den EU-Ländern seit 1996 wieder erholt. Dahinter stehen offensichtlich strukturelle Probleme, die durch die reale Aufwertung des Zloty noch verstärkt werden. Noch immer sind etwa die Hälfte aller Exporte Rohstoffe, Nahrungsmittel, gering verarbeitete Produkte und arbeitsintensive Erzeugnisse. In vielen Bereichen, vor allem aber bei spezialisierten Gütern, besteht ein extrem hoher Qualitätsrückstand, so beispielsweise bei Werkzeugmaschinen oder Elektromaschinen.¹³ Hinzu kommt, daß die Förderung der Exporte über staatlich unterstützte Kreditvergaben und Kreditversicherungen noch wenig entwickelt ist. Eine sehr restriktive Handhabung von Exportversicherungsanträgen trug dazu bei, daß im vergangenen Jahr nur etwa 4 vH der im Staatshaushalt dafür vorgesehenen Summe in Anspruch genommen wurden.¹⁴

In den vergangenen Jahren wurde die Handelsbilanz zu einem beträchtlichen Teil durch den sogenannten Grenzhandel entlastet. Er wird seit 1996 in einer eigenen Position („nicht-klassifizierte“ Transaktionen) in der Leistungsbilanz erfaßt. Seit 1995 war der Überschuß im Grenzhandel allerdings rückläufig und erreichte im vergangenen Jahr nach Angaben der Nationalbank etwa 6 Mrd. US-Dollar.¹⁵ Gegenüber 1996 entsprach dies einem Rück-

¹³ Vgl. LANDESMANN, M.; BURGSTALLER, J.: Vertical Product Differentiation in EU Markets: the Relative Position of East European Producers. WIIW, Research Report No 234a. Wien 1997. Die Autoren schätzen Qualitätsunterschiede über die Berechnung von *unit values*.

¹⁴ RZECZPOSPOLITA vom 29. September 1997, S. 12.

¹⁵ Der Großteil des Grenzhandels findet an der polnisch-deutschen Grenze statt, wo der Umsatz auf etwa 4 Mrd. US-Dollar geschätzt wird. An der polnischen Ost-

gang um 15 vH. Ausschlaggebend für die rückläufige Entwicklung des Grenzhandels im Westen war die Annäherung des Preisniveaus auf polnischer und deutscher Seite. Die im Zuge der Vorbereitung auf einen EU-Beitritt von der polnischen Regierung eingeführten administrativen Beschränkungen des freien Personenverkehrs an der Ostgrenze haben bereits Anfang 1998 zu einem erheblichen Rückgang der Umsätze in diesem Gebiet geführt, so daß für das laufende Jahr keine Entlastung der Leistungsbilanz durch den Grenzhandel erwartet werden kann.

Investitionen und Konsum tragen das Wirtschaftswachstum

Das hohe Wirtschaftswachstum – bis 1995 vor allem durch die Exporte getragen – wurde 1997 wie auch 1996 vorwiegend von der inländischen Nachfrage gestützt. Die Flutkatastrophe im Sommer hat keine nennenswerte Abschwächung des Wachstums verursacht, obwohl in den betroffenen Gebieten Produktionsausfälle eintraten. Möglicherweise wäre das Wirtschaftswachstum sogar noch höher ausgefallen. Auf den Arbeitsmarkt hat sich das anhaltende Wachstum günstig ausgewirkt. Die gesamtwirtschaftliche Beschäftigung hat um ca. 1 vH zugenommen, und die Zahl der Arbeitslosen ist weiter gesunken. Sie lag Ende 1997 bei 1,8 Mio. Personen. Die Arbeitslosenquote sank um fast drei Prozentpunkte auf 10,5 vH.

Die Bruttoanlageinvestitionen waren das am stärksten wachsende Nachfrageaggregat. Ihr Wachstum lag nunmehr das vierte Jahr über dem BIP-Wachstum; im vergangenen Jahr war es mit ca. 22 vH etwa dreimal so hoch. Die Hälfte aller Investitionen kam aus der privaten Wirtschaft. Nach empirischen Untersuchungen dienten die hohen Investitionen der Modernisierung traditioneller Industrien: 57 vH der Mittel wurden in den Zweigen Roh- und Brennstoffindustrie, Baumaterialienindustrie, Glas-, Zellulose- und Papierherstellung, Holzverarbeitung sowie Lebensmittelindustrie investiert.¹⁶ Die Investitionen wurden zunehmend durch

grenze wird ein Umsatz von ca. 1,3 Mrd. US-Dollar geschätzt. Vgl. u.a. BORZYM, K.: Nie rejestrowane wydatki cudzoziemcow w Polsce oraz Polakow za granica, NBP, Warszawa, 1998.

¹⁶ Untersuchungen des Strategischen Zentrums der Regierung (RCSS), Warschau. Vgl. RZECZPOSPOLITA vom 12. Januar 1998, S. 8 und vom 6. März 1998, S. 10.

ausländische Direktinvestitionen finanziert. Ein Teil der Finanzierung über Direktinvestitionen war unmittelbar mit dem Import von Ausrüstungen, Maschinen und Vorleistungen für in Polen ansässige ausländische Unternehmen verbunden.

Der Anstieg des privaten Verbrauchs von 7 vH fiel verglichen mit dem Investitionswachstum erheblich schwächer aus, obwohl die Einkommen aus unselbständiger Arbeit und die Sozialleistungen real stark gestiegen sind. Die Reallöhne stiegen um 6,1 vH (1996: 5,7 vH), darunter um 8 vH im öffentlichen Dienst. Weil aber die nominale Abwertung des Zloty gegenüber den Währungen der wichtigsten Handelspartner schwächer als der Nominallohnanstieg ausfiel, sanken die relativen Preise der Importgüter. Dies dürfte die Neigung der privaten Haushalte, importierte Konsumgüter zu erwerben, erhöht haben.

Leicht expansive Wirkungen gingen 1997 auch von den öffentlichen Haushalten aus, obwohl das Defizit letztlich mit 1,4 vH des BIP erheblich unter dem Vorjahresniveau (2,5 vH) und dem Budgetansatz (2,8 vH) lag. Die Reduzierung des Defizits konnte aber nur erreicht werden, weil die Nationalbank unerwartet hohe Gewinne an das Budget abführte und hohe Privatisierungserlöse (etwa 1,5 vH des BIP) erzielt wurden, mit denen die Ausgaben finanziert wurden. Die Ausgaben des Staatsbudgets stiegen vor allem durch die überproportionalen Lohn- und Gehaltssteigerungen im öffentlichen Sektor. Ein Zusammenhang mit den Parlamentswahlen im September 1997 ist nicht auszuschließen. Die Fiskalpolitik reagierte noch nicht auf die wachsenden Defizite in der Handels- und Leistungsbilanz. Die Spielräume für eine Reaktion werden auch dadurch eingeschränkt, daß die Ausgaben für noch nicht umstrukturierte Staatsunternehmen relativ unflexibel sind.

Geld- und Wechselkurspolitik waren wenig wirksam

Bei einer Inflationsrate von 15 vH und einem realen Wirtschaftswachstum von 7 vH hatte die Nationalbank eine inflationsneutrale Ausweitung der Geldmenge M2 von etwa 19 vH für das Jahr 1997 geplant. Tatsächlich überstieg das Geldmengenwachstum mit etwa 29 vH dieses Ziel beträchtlich. Die Nationalbank versuchte, eine stärkere Ausweitung der Kredite an private Haushalte als Teil des Geldangebots zu dämpfen, um deren Importnachfrage abzuschwächen. Dazu erhöhte sie die Min-

destreservesätze und die offiziellen Zinssätze. Diese Maßnahmen waren jedoch nicht wirksam, um den Zielkorridor bei der Geldmengenexpansion einzuhalten. Eine Erklärung dafür könnte in einem verstärkten Wettbewerb der inländischen Banken im Vorfeld der geplanten Öffnung des Bankensektors gegenüber ausländischen Banken, die 1999 eintreten soll, liegen. Einige große Banken wollten offenbar ihre Marktposition gegenüber anderen inländischen Banken durch günstige Kreditangebote stärken und nahmen dabei bewußt zeitweilig geringere Zinsspannen in Kauf.¹⁷ Diese Unwirksamkeit verhinderte einen noch stärkeren Rückgang der Inflationsrate und trug letztlich wenig zur Dämpfung der Importnachfrage der privaten Haushalte bei. Somit führte das Wachstum der Geldmenge über die geplante Inflationsrate und das reale Wachstum hinaus auch zu einer Verschlechterung der Leistungsbilanz.

In dem Maße wie Zins- und Mindestreservpolitik die inländische Nachfrage nicht wirksam zu drosseln vermochten, versuchte die Nationalbank über die Wechselkurspolitik der unerwünschten Geldmengenexpansion entgegenzuwirken. Sie zielte dabei vor allem auf eine Eindämmung spekulativer bzw. kurzfristiger Kapitalzuflüsse ab. Bereits im Mai 1995 verbreiterte sie das Wechselkursband von ± 2 vH auf ± 7 vH um die zentrale Parität. Diese Maßnahme war insofern erfolgreich, als die Portfolio-Investitionen 1996 erheblich nachließen (vgl. Tabelle 2), und die ausländischen Direktinvestitionen weiter zunahmen und in ihrer Höhe das Leistungsbilanzdefizit überstiegen.

Dieses Bild verkehrte sich 1997 allerdings: Während die ausländischen Direktinvestitionen¹⁸ nur wenig gegenüber dem Vorjahr zunahmen, verstärkte sich der Zustrom an Portfolio-Investitionen erheblich. Damit konnte das Leistungsbilanzdefizit nur noch zu etwa 70 vH durch langfristige Kapitalzuflüsse gedeckt werden. Der Zustrom an Portfolio-Investitionen fand statt, obwohl es im Mai 1997 unter dem Einfluß der tschechischen Zahlungsbi-

lanzkrise und im Oktober/November durch massive Wertpapierverkäufe ausländischer Anleger zu zeitweisen Kapitalabflüssen gekommen war.

Tabelle 2:
Kapitalbilanz und offizielle Devisenreserven
- in Mio. US-Dollar -

	1995 ^a	1996	1997
Leistungsbilanz	5.455	-1.352	-4.268
Direktinvestitionen	1.134	2.741	3.041
Portfolioinvestitionen	1.171	191	2.098
Kurzfristiger Kapitalverkehr	1.627	1.924	1.517
Veränderung der Devisenreserven	-8.935	-3.070	-2.637

^a Angepaßt an Erfassungsmethoden von 1996.
Quelle: Polnische Nationalbank.

Die zum Jahresbeginn 1998 durch zahlreiche Ankäufe polnischer Aktien und Staatspapiere durch ausländische Anleger verursachte Aufwertung des Zloty wurde Anfang Februar gestoppt, nachdem die Nationalbank mit 500 Mio. US-Dollar interveniert hatte. Die Kreditzinsen auf dem Interbankenmarkt für Monatsgelder (28 Tage) wurden auf 24 vH erhöht. Gleichzeitig wurde die monatliche Abwertungsrate des nominalen Zloty-Kurses gegenüber dem Währungskorb von 1,0 vH auf 0,8 vH reduziert und damit an das jahresdurchschnittliche Inflationsziel für 1998 (11,0 vH) angepaßt. Außerdem verbreiterte die Nationalbank das Wechselkursband auf ± 10 vH um die zentrale Wechselkursparität. Diese Maßnahme zielt darauf ab, einen erneuten Aufwertungsdruck durch spekulative Kapitalzuflüsse zu verhindern, und zwar durch Erhöhung des Wechselkursrisikos.

Aussichten für 1998

Die außenwirtschaftlichen Risiken für eine Fortsetzung des hohen Wachstums und eine weitere Reduzierung der Inflation sind im Verlaufe des vergangenen Jahres gestiegen. Besonders der starke Anstieg der Konsumgüterimporte hat zu einem höheren Defizit in der Leistungsbilanz beigetragen, was als problematisch angesehen werden muß. Durch den verstärkten Zufluß kurzfristigen Kapitals hat sich die Finanzierungsstruktur des Leistungsbi-

¹⁷ Vgl. NARODOWY BANK POLSKI: Zalozenia Polityki Pienieznej na 1998 rok. Warszawa, 1997, S. 7 f.

¹⁸ Die Zuflüsse an Direktinvestitionen sind von der Nationalbank auf cash-Basis berechnet. Die Agentur für ausländische Investitionen PAIZ berichtet in der Regel höhere Zuflüsse, für 1997 6,6 Mrd. US-Dollar. Jedoch enthalten diese Angaben auch Kapitalzuflüsse in Form von Gütern, die von der Zahlungsbilanz nicht erfaßt werden.

Tabelle 3:
Ausgewählte Indikatoren der wirtschaftlichen Entwicklung Polens, 1993-1998

	1993	1994	1995	1996	1997	1998 ^d
	<i>Veränderung zum Vorjahr in vH</i>					
BIP, real	3,8	5,2	7,0	6,1	7,0	5,5
Bruttoanlageinvestitionen, real	2,9	9,2	16,9	20,6	21,9	17,0
Privater Konsum, real	5,2	4,3	3,6	8,7	7,0	5,0
Industrieproduktion, real	6,4	12,1	9,7	8,3	10,8	9,5
Arbeitsproduktivität in der Industrie ^{a b}	8,8	13,1	6,5	9,1	11,7	.
Produktion des Baugewerbes, real	8,0	0,5	8,1	4,6	16,0	14,5
Agrarproduktion, real	6,8	-9,3	10,7	0,7	0,0	3,5
Beschäftigung, Gesamtwirtschaft	-4,3	-0,7	2,8	1,3	1,0 ^c	0
Verbraucherpreise, Jahresdurchschnitt	35,3	32,2	27,8	19,9	14,9	11,0
Defizit des konsolidierten Haushaltes in vH des BIP	2,8	2,7	2,6	2,5	1,4	1,5
Arbeitslosenquote in vH (Jahresende)	16,4	16,0	14,9	13,2	10,5	9,4
Nominaler Wechselkurs: Zloty/DM (Jahresdurchschnitt)	1,096	1,405	1,693	1,792	1,892	2,095
Nominaler Wechselkurs: Zloty/US-Dollar (Jahresdurchschnitt)	1,815	2,273	2,424	2,697	3,281	3,717

^a Umsatz je Beschäftigten in der Industrie. – ^b Berechnungen des IWH. – ^c Unternehmen mit mehr als fünf Beschäftigten. – ^d Prognose des IWH.
Quellen: Statistisches Hauptamt; Strategisches Zentrum der Regierung; Wirtschaftsministerium.

lanzdefizits verschlechtert, zugleich hat der Aufwertungsdruck des Zloty zugenommen. Diese Entwicklung würde sich 1998 fortsetzen, wenn die Wirksamkeit der geld- und wechselkurspolitischen Maßnahmen beschränkt bleibt und nicht durch fiskal- und einkommenspolitische Stabilisierungsmaßnahmen ergänzt wird.

Fiskalpolitisch wird 1998 eine Reduzierung der Ausgaben der öffentlichen Haushalte angestrebt, um das Defizit in einer Größenordnung von ca. 1,5 vH des BIP zu halten.¹⁹ Das Wachstum der privaten Konsumgüternachfrage könnte durch die geplante Mehrwertsteuererhöhung und die Anhebung administrativer Preise gedämpft werden. Dämpfend auf die Investitionen könnte sich auch ein Anstieg der realen Zinsen auswirken. Vor diesem Hintergrund wird sich das Wirtschaftswachstum 1998 voraussichtlich verlangsamen und bei etwa 5 vH bis 5,5 vH liegen. Ein Risiko bleibt die Lohnentwicklung: Ob die von der Regierung anvisierte niedrigere Obergrenze für das Lohnwachstum eingehalten

werden kann, bleibt fraglich. Um die Wachstumsdynamik bei fortgesetzter Inflationsreduzierung langfristig aufrechtzuerhalten, sind jedoch stärkere fiskalpolitische und einkommenspolitische Zeichen zu setzen, die von einer Beschleunigung institutioneller Reformen begleitet werden müßten.

Martina Kämpfe
(mkp@iwh.uni-halle.de)

¹⁹ Vgl. RZECZPOSPOLITA vom 24./25. Januar 1998, S. 1.